

Widerstand gegen Sozialkahltschlag und Lohnraub

► Für eine neue Partei für Beschäftigte,
Erwerbslose, Jugendliche, RenterInnen!

Mit Schröders Agenda 2010 begann der größte Sozialkahltschlag der Nachkriegsgeschichte. Seither rollt eine Kürzung nach der anderen durchs Land. Die Grausamkeit der Bundesregierung wird am deutlichsten mit Hartz IV, dem Massenverarmungsprogramm.

In den Kommunen erleben wir weitere Kürzungen. Hier in Aachen wird mit dem geplanten Verkauf der GeWoGe, mit Gebührenerhöhung bei Kitas oder beispielsweise der Schließung von sozialen Einrichtungen Kahltschlag betrieben – diesmal von CDU und FDP.

Bei den Europawahlen ist die Mehrheit der WählerInnen zu Hause geblieben. Kein Wunder, ein wählbares Angebot gab es nicht. Alle großen Parteien die zur Wahl, standen haben Kürzungen betrieben und wollen uns nur an der Nase rumführen. Da konnte man es niemanden verdenken, das Wochenende lieber für einen Ausflug ins Grüne oder anderem Sinnvollem zu nutzen.

Bei den kommenden Kommunalwahlen ist dies anders. Gemeinsam mit Gewerkschaftern, Erwerbslosen, Jugendlichen und AktivistInnen aus der sozialen Bewegung hat die SAV das Wahlbündnis „Gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“ gegründet. Das Bündnis setzt sich konsequent und aktiv gegen jegliche Sozialkürzungen und gegen Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung ein. So hat es Aktionen gegen den Verkauf der GeWoGe durchgeführt und Proteste gegen Entlassungen unterstützt. Außerdem organisiert es regelmäßige Proteste gegen Hartz IV. Es fordert eine massive Umverteilung von oben nach unten. Statt den kleinen Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, will es die Unternehmen und Superreichen zur Kasse bitten.

„Gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“ versteht sich als Plattform für alle die aktiv werden wollen gegen Agenda 2010 und Hartz IV, gegen kommunale Kürzungen und Privatisierung, und betriebliche Verschlechterungen. Das Bündnis fordert alle, die vom Sozialkahltschlag be-

troffen sind, auf mitzumachen.

„Gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“ will die Wut und den Widerstand gegen Sozialkahltschlag und Lohnraub in den Stadtrat tragen. Bei dieser Kommunalwahl gibt es – auf Grund des Wegfalls der Fünf-Prozent-Hürde – die Chance den Kürzungsparteien eine Abfuhr zu erteilen. Deshalb: Jede Stimme für „Gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“ ist eine Stimme für Widerstand gegen Sozial- und Lohnraub. Ein Wahlantritt ersetzen aber auf keinen Fall den Protest auf der Straße.

Hartz IV muss weg!

Die Hartz-Gesetze schaffen Massenarmut und keine Arbeitsplätze. Jetzt Widerstand dagegen aufbauen!

Demo am 2. September um 11.00 Uhr vor dem Arbeitsamt (Roermonder Straße)

Landesweite Demo am 18. September Abfahrt 9.00 Uhr Aachen Hbf

Montagsdemos: 18.00 Uhr am Kugelbrunnen



Marc Treude, Drucker, SAV-Kandidat auf der Liste „Gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“:

„Wir lehnen alle Kürzungen und Angriffe auf Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen ab und werden unsere Stadträte vor allem dafür nutzen, gegen solche Angriffe zu mobilisieren“

26. September: „Gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“ WÄHLEN!

– die Wahlalternative zu den Sozialräubern

SAV **Sozialistische**
Alternative

Informationen unter:
(0241) 51 531 77
aachen@sav-online.de
www.sozialismus.info

Alle KandidatInnen von „Gemeinsam gegen Sozialkahl-schlag“ haben sich verpflichtet als Ratsmitglied alle Sozialkürzungen abzulehnen, keine Privilegien anzunehmen und sind jederzeit rechenschaftspflichtig.



Anneliese Stanicic, Rentnerin und SAV-Kandidatin auf der Liste „Gemeinsam gegen Sozialkahl-schlag“: „Als ehemalige Mitglied im Sozialausschuss der Stadt Aachen kenne ich die Probleme von RentnerInnen und sozial Schwachen. Diese Menschen werden zu Bittstellern gemacht, anstatt anständige Arbeit und Wohnungen zu bekommen. Und die Rentenreform von Ulla Schmidt stürzt Millionen in die Altersarmut! Dagegen will ich kämpfen!“



Gaétan Kayitare, Angestellter, SAV-Kandidat auf der Liste „Gemeinsam gegen Sozialkahl-schlag“: „Die Reichen und Superreichen sind sehr gut organisiert und haben viele Parteien: CDU, CSU, SPD, FDP, die Grünen... Wir brauchen eine Alternative zu den Sozialräubern“

Länger Arbeiten = Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung

Auch in Betrieben sind Beschäftigte massiven Angriffen ausgesetzt: Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Lohnkürzungen und Stellenabbau. Mit der Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst und bei vielen anderen Betrieben folgt nun der nächste Hammer.

Viele Betriebe in Aachen drohen mit Abwanderung falls die Beschäftigten nicht unbezahlt mehr arbeiten. Quadflieg, Philips, Schumag und Co. wollen zurück ins 19. Jahrhundert: Weg mit allen sozialen Errungenschaften, 40, 45 oder mehr Stunden die Woche arbeiten für einen Hungerlohn und dafür auch noch weniger Urlaub. Widerstand gegen Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung ist angesagt. Demonstrationen, Streiks bis hin zu Betriebsbesetzungen bei Schließung sind nötig.

Während bei den „kleinen Leuten“ gekürzt wird, streichen sich die Manager und Bosse in den Chefetagen immer mehr ein. Ein Herr Esser bekommt bei Mannesmann 16,4 Millionen Euro Abfindung, während eine Arzthelferin in Ostdeutschland für eine 40-Stunden-Woche mit 3,50 Euro Stundenlohn abgepeist wird. Und während die Arzthelferin davon noch hohe Steuern bezahlen muss, sparen ein Einkommensmillionär ab dem nächsten Jahr 8.800 Euro jeden Monat – dank der Steuerreform.

**Geld ist genug da – nur in den falschen Händen!
Die Reichen sollen zahlen!**

Nein zum Einheitsparteienbrei der Sozialräuber

CDUSDPGRÜNEFDP ist ein Einheitsparteienbrei. Sie sind nicht mehr voneinander zu unterscheiden. Alle haben nur ein Programm: Kürzen bei uns hier unten, um denen da oben zu geben. Seien das auf Bundesebene die SPD und die Grünen, oder hier in Aachen die CDU und FDP. Keine dieser Parteien vertritt noch unsere Interessen. Auch die PDS trägt die Sozialkahl-schlagspolitik, da wo sie regierungsbeteiligt ist, mit. Deutlichstes Beispiel dafür ist Berlin: mit Unterstützung der PDS wurden dort die Kitagebühren angehoben, die Lernmittelfreiheit abgeschafft und den KollegInnen im Öffentlichen Dienst massive Kürzungen serviert.

Widerstand ist möglich!

Mit seiner Wut gegen Sozial- und Lohnraub ist heute niemand mehr alleine. Viele Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen sind bereit ihre Wut in Widerstand umzuwandeln. Das wurde bei den Massenprotesten gegen Agenda 2010 Ende letzten und Anfang diesen Jahres deutlich. So streikten etwa 250.000 KollegInnen überall im Land gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie. Der Wille zu kämpfen ist ungebrochen, das sieht man auch bei den Protesten gegen Hartz IV. Doch die Spitzen(gehalts-)funktionäre der Gewerkschaften, sehen den Angriffen jetzt tatenlos entgegen. Ob Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst oder anderweitige Angriffe, immer wieder vertrösten sie die KollegInnen auf später und verhandeln weiter mit den Unternehmern. Damit muss Schluss sein! Nötig ist ein konsequenter Kampf gegen Sozialkahl-schlag, Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung. Dabei müssen alle Mittel in Betracht kommen. Damit Politiker und Wirtschaftsbosse Proteste nicht aussitzen können, sind Maßnah-

Millionen werden für blaue Steine und Leuchtdioden in der Adalbertstraße ausgegeben. Die Carolus-Therme hat den Steuerzahlern 31 Millionen Euro gekostet.

Alle SAV-KandidatInnen werden als Ratsmitglieder jegliche Prestigeobjekte ablehnen und sich dafür einsetzen, dass das Geld für soziale Projekte ausgegeben wird.

men nötig die weh tun. Und weh tut nur eines: Profitverlust. Deshalb sind Streiks gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub nötig. Deshalb ist ein eintägiger branchenübergreifender Streiktag – ein eintägiger Generalstreik – nötig! Dass das möglich ist zeigen unsere europäischen Nachbarn. In Italien, Frankreich, Spanien oder auch Österreich gab es Massenstreiks und Generalstreiks gegen die dortigen Kürzungen.

Millionen sind – gemeinsam organisiert – stärker als Millionäre!

Für eine neue Arbeiterpartei

Während Unternehmer und Superreiche viele Parteien haben die ihre Interessen vertreten, haben Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RenterInnen keine einzige Interessensvertretung. Die SAV spricht sich für den Aufbau einer neuen Interessensvertretung – einer neuen Arbeiterpartei – aus. Das muss eine Partei sein, die konsequent für die Interessen derer eintritt, die sie vertritt. Das bedeutet konsequente Ablehnung jeglichen Sozialkahlchlags und jeglicher Privatisierung. Statt Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung muss sich solch eine Partei für massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich einsetzen. Statt Sozialkürzungen muss sie fordern, dass Großkonzerne, Banken und Superreiche zur Kasse gebeten werden. Letzten Endes muss so eine Partei auch die kapitalistische Profitlogik in Frage stellen und sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der die Arbeiter die Wirtschaft demokratisch kontrollieren. Derzeit gibt es von aktiven Gewerkschaftern und ehemaligen SPD-Mitgliedern eine Initiative zur Gründung einer neuen Partei. Die SAV begrüßt diesen Schritt und setzt sich aktiv für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. Mit der Initiative und Unterstützung des Kommunalwahlbündnisses „Gemeinsam gegen Sozialkahlchlag“ bauen wir in Aachen konkret eine wählbare Alternative für die Kommunalwahlen mit auf.

Widerstand kostet Geld!

Die etablierten Parteien lassen sich ihren Wahlkampf von Banken und Konzernen finanzieren, oder holen es sich vom Steuerzahler – ob die das wollen oder nicht.

Im Gegensatz dazu finanziert die SAV ihre gesamte politische Arbeit ausschließlich über Spenden von ArbeiterInnen, Erwerbslosen, und Jugendliche und den eigenen Mitgliedern. Für den Wahlkampf wollen wir Proteste und Aktionen gegen Privatisierungswahn und die Kürzungspolitik organisieren.

Wahlkämpfe und politische Arbeit aber kostet Geld. Ob Kosten für den Druck von Flugblättern und Plakaten, ob Telefonkosten oder Mieten für Veranstaltungsräume. Weil ohne Moss nix los ist, fordern wir alle die die Arbeit der SAV unterstützen wollen auf, zu spenden.

**Sozialistische Alternative, Kontonummer: 15 05 34 16
bei der Sparkasse Aachen (Bankleitzahl 390 50 000)**



Marie Rosa, Krankenpflegeschülerin, SAV-Kandidatin auf der Liste „Gemeinsam gegen Sozialkahlchlag“: „Als Krankenpflegeschülerin erlebe ich tagtäglich die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Bevölkerung. Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlungen auf der einen Seite, Riesenprofite für die Pharmakonzerne auf der anderen Seite. Ich sage: Keine Kürzungen auf Kosten von Kranken.“



Johannes Sträterhoff, Student, SAV-Kandidat auf der Liste „Gemeinsam gegen Sozialkahlchlag“: „Nach der Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende und das Zweitstudium, wird nun über Eliteuniversitäten und Studiengebühren für alle diskutiert. Damit wird die Zwei-Klassen-Bildung offensichtlicher den je. Auch die Ausbildungssituation ist katastrophal, so fehlen in NRW mehr als 22.000 Ausbildungsstellen. Die SAV fordert die Rücknahme aller Kürzungen im Bildungsbereich und die Schaffung von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst.“

Für eine sozialistische Alternative!

SPD und Grüne haben auf Bundesebene gezeigt, dass ihre Versprechen einen Politikwechsel durchzuführen leere Worte waren. Die Rot-Grüne Regierung trieb die Demontage der sozialen Sicherungssysteme voran und machte es möglich, dass die Bundeswehr auf der ganzen Welt eingesetzt wird. Sie hat dort weitergemacht wo die CDU und FDP mit Kohl aufgehört haben.

Die SAV setzt sich gegen jegliche Verschlechterungen ein und kämpft für die Verbesserung des Lebensstandards von Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen heute, hier und jetzt.

Die SAV ist aber auch der Meinung, dass Kapitalismus immer Kriege, Krisen und Kahlschlag bedeutet. Solange es in einer Gesellschaft darum geht, dass wenige Konzerne und Banken ihre Profite steigern können, solange werden wirtschaftliche Krisen auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen abgewälzt.

Kapitalismus bedeutet Konkurrenz und Profitwahn, das führt zu Krisen, Kriegen, Umweltzerstörung, Armut und Hungersnot für eine Vielzahl von Menschen. Ein Beispiel: 358 Milliardäre besitzen so viel wie die ärmste Hälfte der

Weltbevölkerung verdient.

Die SAV will Schluss machen mit dieser Diktatur von Banken und Konzernen. Wir setzen uns für eine demokratische geplante Wirtschaft ein, in dem die Beschäftigten und alle Beteiligten selbst bestimmen wie und was produziert wird und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt wird.

Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie. Damit meinen wir nicht das, was im Ostblock geherrscht hat. Dort diktierte eine kleine Bürokratenkaste über die Menschen. Sozialismus braucht Demokratie wie der Mensch die Luft zum Atmen. In der DDR und dem Ostblock ist also nicht der Sozialismus gescheitert, sondern eine bürokratische Diktatur eine privilegierten Kaste.

Die SAV verbindet den Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen heute mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Alle die, die kapitalistische Krisen, Kriege und Katastrophen nicht weiter hinnehmen wollen, sind aufgefordert bei der SAV mitzumachen. Nur gemeinsam sind wir stark! Deshalb: vorbekommen, mitdiskutieren, aktiv werden.

Wenn sich der Kapitalismus unsere Löhne und unsere Gesundheit nicht mehr leisten kann, dann können wir uns den Kapitalismus nicht länger leisten.

Gemeinsam sind wir stark, Organisiert sind wir stärker!

Wahlparty – erst richtig wählen, dann richtig feiern!

Fernsehübertragung der Wahlergebnisse

Buffet, Getränke, Musik... und mehr

**Sonntag, 26. September
ab 18.00 Uhr im Ché Haus
Pontstr. 41, nahe Markt**

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Bitte einsenden an:

Sozialistische Alternative - SAV

Eifelstraße 13 ● 52068 Aachen

Telefon: (0241) 5153177

Email: aachen@sav-online.de

ViSDP: Kayitare, c/o SAV, Eifelstraße 13, 52068 Aachen

Dafür kämpft die SAV!

- ➔ Gegen jegliche Form von Privatisierung
- ➔ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales. Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ➔ Für eine massive Erhöhung der Gewerbesteuer
- ➔ Für drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen
- ➔ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung
- ➔ Für eine Mindestsicherung von 750 Euro plus Warmiete, Mindestlohn von brutto 2.000 Euro im Monat für Vollzeitbeschäftigte, beziehungsweise 12 Euro brutto pro Arbeitsstunde
- ➔ Bildung ist keine Ware – für ein öffentliches und kostenloses Bildungswesen für alle
- ➔ Gegen jede Form der Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität und Behinderung
- ➔ Für den Aufbau einer neuen Arbeitspartei mit sozialistischem Programm
- ➔ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle der Bevölkerung
- ➔ Statt Produktion für den Profit - Planung nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur